

Sven Kießling

Schwangerschaftskonflikt und Adoption

WS 1992/93, Beiträge zur Diakoniewissenschaft N.F. 3, 130 Seiten + Anhang

Die leitende Frage der Arbeit ist, ob sich die Abtreibungszahlen in der Bundesrepublik senken lassen, etwa durch staatlicherseits gewährte Hilfen oder eine stärkere Propagierung der Adoptionsfreigabe.

Die Basis für die Beantwortung der Frage bilden Interviews, die 1988 in Heidelberg, sowie 1992 in Heidelberg und Halle/S. durchgeführt wurden. Gesprächspartner waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von § 218-Beratungs- und Adoptionsvermittlungsstellen. So war es möglich sowohl eine gewisse zeitliche Entwicklung zu berücksichtigen, als auch der veränderten Situation in den neuen Bundesländern Rechnung zu tragen.

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich am praktischen Geschehensablauf. So wird zuerst nach den Ursachen von ungewollter Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt gefragt.

Im Weiteren wird auf die "Soziale Beratung" eingegangen, wobei zum einen die Probleme, die einer erfolgreichen Beratung entgegenstehen, behandelt werden, zum anderen die besondere Situation der Frauen in den neuen Bundesländern. In diesem Abschnitt wird auch nach dem Angebot der Adoptionsfreigabe durch Beraterinnen und Berater gefragt.

Der folgende Abschnitt zeigt sowohl die aktuell verfügbaren als auch die nicht mehr existierenden Hilfen der ehemaligen DDR auf. Besonders wird dabei auf den Einfluß solcher staatlicher Hilfen auf die Entscheidung der Schwangeren eingegangen.

Die beiden letzten Abschnitte der Arbeit befassen sich mit den Motiven zur Adoptionsfreigabe, sowie deren Verlauf. Dabei kommt auch die Situation der Adoptivbewerber ins Blickfeld.

Im zweiten Band der Arbeit finden sich alle Interviews im Wortlaut. Zur Einführung in die jeweilige Thematik sind außerdem die Abschriften von Gesprächen mit Frauen gesammelt, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, bzw. ihr Kind zur Adoption freigaben oder versuchten ein Kind zu adoptieren.